

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 5 / 2022

FRIEDENSBEWEGUNG

ATOMWAFFENBASIS BÜCHEL: 16 x HAFT UND NOCH KEIN ENDE Gewaltfreie Aktionen und juristische Folgen

MARTIN OTTO

Am Schutzzaun des Militärflughafens und Atomwaffenstützpunkts Büchel (Eifel) sind Schilder angebracht: Sicherheitsbereich! Unbefugtes Betreten verboten! Vorsicht Schusswaffengebrauch!

Trotzdem dringen mutige Aktivistinnen und Aktivisten in das Gelände ein, um mit friedlichem Protest den Militärbetrieb zu stören. Ihnen drohen in der Regel Geldstrafen, es gab allerdings vor einigen Jahren auch schon Freiheitsstrafen. Die rechtskräftigen Urteile erfolgen meist erst nach mehreren Instanzen. Die 16. Haft ist vorüber, weitere werden folgen. Die Justiz urteilt in diesen Fällen des Go-in über widerrechtliches Eindringen und zivilen Ungehorsam, jedoch nie über das Faktum der wohl widerrechtlichen Atomwaffenstationierung auf deutschem Boden. Daher wurde auch bei 15 Personen eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht von diesem nicht angenommen. In zwei Fällen steht die Entscheidung noch aus. Zwei Go-in-Personen haben auch Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eingereicht. Auch hier ist noch nicht entschieden.

Es beteiligten sich auch Personen aus den USA an den Go-in-Aktionen. Ihr Haftantritt kann erst bei einem Aufenthalt im Land erfolgen. Eine Aktivistin aus den USA wurde bei einer Verhandlung im September 2022 wegen sechsmaliger Beteiligung zu 230 Tagessätzen bzw. mehr als sieben Monaten Ersatzhaft verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Es gibt in Hamburg ein Büro „Rechtshilfe für gewaltfreie Aktionen“ sowie rechtliche Beratung und Begleitung.

Kürzlich wurde in einem Gericht wegen der Anzeige des Bücheler Kasernenkommandanten gegen eine Person verhandelt, deren Namen auf einer Website „Digging for Life“ steht. Der Vorwurf lautete „Beihilfe zu einer öffentlichen Aufforderung zu einer Straftat“. Anlass war der Aufruf zu einer Aktion mehrerer Aktiver, die am 19.7.2021 begannen, einen Tunnel zu graben, um auf die Startbahn des Fliegerhorstes zu gelangen und dort Flüge zu unterbinden. Die Ermittlungsverfahren gegen die Grabenden waren allerdings eingestellt worden. Weil auf der Website ein von dem Angeklagten geführtes Solidaritätskonto genannt war, kam es zur Anzeige. Die Verteidigung beantragte die Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit, die Richterin und die Staatsanwaltschaft stimmten dem zu. Aber auch in dieser Verhandlung spielte es für das Gericht keine Rolle, dass der Angeklagte argumentierte, die Atomwaffenlagerung verstoße gegen das Völkerrecht und laufe dem Recht auf Unversehrtheit des Lebens zuwider.

Martin Otto ist in der Gruppe Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) aktiv, die für gewaltfreien Protest in das Gelände der Atomwaffenbasis Büchel in Deutschland eindringt.

Informationen: unter Aktuelles auf der Internetseite gaaa.org

IN DIESER AUSGABE

Drohnenkrieg
Manfred Sauer

>>> Seite 2

Pazifismus
Margot Käßmann

>>> Seite 4

EWIPA-Conference Dublin 2022
Thomas Hajnoczi

>>>Seite 6

DROHNEN – EINE TÖDLICHE KRIEGSWAFFE

MANFRED SAUER

Bereits jahrzehntelang werden ferngelenkte Flugobjekte (UAV), wie z.B. Drohnen, militärisch genutzt. Lange Zeit nur für Aufklärungsaufgaben verwendet, bietet die rasante Forschung und Entwicklung in dieser Technologie eine Reihe weiterer Einsatzmöglichkeiten.

Die meisten Staaten verfügen heute über verschiedenste Modelle von UAVs, entweder aus eigener Produktion oder legal bzw. illegal auf dem Rüstungsmarkt beschafft. Die Palette reicht von winzigen, insektenähnlichen Modellen bis zu flugzeuggroßen Objekten. Manche Drohnen sind bewaffnet, können von Flugzeugträgern eingesetzt und in der Luft betankt werden. Drohnen fliegen ihre Flugrouten meist schon teilautonom.

Kriegsentscheidende Waffe?

In bewaffneten Auseinandersetzungen wurden Drohnen nicht nur zur Aufklärung, sondern mit entsprechender Bewaffnung auch als Tötungsmaschine eingesetzt. Seit 2020 im Krieg Aserbaidschans gegen Armenien, wo der Angreifer türkische Sprengstoff-Drohnen sehr effektiv einsetzte, hat sich diese Art von Kriegsführung etabliert. Mit den sogenannten „Kamikaze-Drohnen“ gibt es eine kostengünstige Möglichkeit, ein Ziel mit mitgeführtem wirksamen Sprengstoff zu zerstören. Kürzlich erfolgreiche Versuche in den USA mit zahlreichen Kleindrohnen in Schwärmen (auch mit Sprengstoff möglich), lassen in der Zukunft nichts Gutes erwarten. Nicht nur große Militärmächte wie USA, Russland oder China verfügen über solche Selbstzerstörungsdrohnen, sondern auch rüstungspotente kleinere Staaten wie Türkei oder Iran stellen sie her.

Im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verfügt die Ukraine über türkische, deutsche und US-amerikanische Drohnen, Russland setzt neben eigenen Modellen auch iranische Drohnen ein. Der Iran hat solche Lieferungen lange bestritten, musste dann zugeben, doch Drohnen nach Russland exportiert zu haben. Möglicherweise stellt Russland irani-

sche Drohnen auch in Lizenz her. Der UAV-Einsatz umfasst auch die Lagebilderstellung, Zielaufklärung, Zielmarkierung und elektronische Störmaßnahmen durch unterschiedliche Modelle. Die Ukraine profitiert vom US-Einsatz der Global Hawk Drohne für Aufklärung aus großer Höhe und von zahlreichen Satellitendaten. Drohnenabwehr erfolgt durch Störsender oder Abschuss (z.B. Gepard-Panzer aus Deutschland).

Österreichs Rolle?

Im Zusammenhang mit UAV stand das neutrale Österreich schon mehrmals unter dringenden Verdacht, an schmutzigen Rüstungsgeschäften beteiligt zu sein. Profil berichtete im August 2019 vom Auftauchen der Hubschrauber-Drohne Camcopter-100 der Wiener Firma Schiebel in Myanmar. Es dürfte sich – wie so oft bei solchen Geschäften – um eine als zivil deklarierte Lieferung gehandelt haben, die dann vom Militär eingesetzt wurde. Das zuständige Wirtschaftsministerium genehmigt in der Regel diese Art von Dual-Use Gütern. Es existieren auch Fotos, die Militärs aus Myanmar beim Besuch eines Standes der Firma Schiebel auf einer Rüstungsmesse zeigen. Die Militärjunta würde den Camcopter zur „Aufklärung“ (gegen die eigene Bevölkerung?) einsetzen, wird vermutet. Schiebel entwickelt ein größeres Modell, wo auch Bewaffnung nicht ausgeschlossen wäre.

Weitere Recherchen bestätigen die Verwendung von Rotax-Motoren des Bombardier-Werkes im oberösterreichischen Günskirchen in verschiedenen Modellen. Die erste Serie der Aufklärungs- und Kampfdrohne Predator (USA) und türkische Kampfdrohnen hatten den Rotax-Motor eingebaut. Bombardier Kanada sicherte zu, keine solchen Motoren mehr für militärische Zwecke auszuliefern. Allerdings tauchten kürzlich Fotos von abgeschossenen iranischen Drohnen (von Russland eingesetzt) in der Ukraine auf, wo das Triebwerk die Firmenbezeichnung ROTAX aufwies. Natürlich könnte es sich um einen illegalen Nachbau handeln. In jedem Fall sollte das Wirtschaftsministerium bei der Genehmigung solcher als

DROHNENKRIEG

„zivil“ deklarierten Dual-Use Güter mehr Sorgfalt und Skepsis gegenüber den vorgelegten Endverbraucherzertifikaten an den Tag legen!

Das wäre eine menschenrechtlich und moralisch-ethisch fatale Entwicklung, die verhindert werden muss.

Die Zukunft?

Die Forschung geht in Richtung autonomer UAVs, die weitgehend ohne menschlichen Eingriff ihre Waffen nach bestimmten Algorithmen einsetzen.

Manfred Sauer, betrifft frieden, unterstützt die österreichische NGO „Stop Killer Robots Austria KRC“ <https://krcaustria.at>

EDITORIAL

Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

VER – RÜCKTE SICHT AUF DIE WELT

In einem polnischen Dorf schlägt eine Rakete ein und tötet zwei Menschen. Wie die Experten der NATO bestätigen, handelt es sich um eine ukrainische Waffe. Besonnenheit verhindert die Auslösung des Art. 4 oder 5 im NATO-Vertrag über die Arten der Beistandspflicht. Nur der ukrainische Präsident Selenskyj besteht darauf, es handle sich um einen russischen Angriff. Wollte er absichtlich den Art. 5 auflösen?

In Istanbul richtet ein Sprengstoffanschlag im Stadtzentrum ein Blutbad an. Nur kurze Zeit später wird eine Frau als Täterin festgenommen, zusammen mit zahlreichen anderen Verdächtigen. Sie soll Mitglied der Terrorgruppe YPG, einem Teil der kurdischen PKK sein. Ein schnelles Geständnis und fragwürdige Beweise. Sofort werden militärische Angriffe auf Kurdengebiete in Syrien durchgeführt. Ein „Drehbuch für einen Terroranschlag“, sagen kritische Stimmen. Präsident Erdogan kommt das gelegen, seine Umfragewerte sinken wegen der sozialen Lage im Land.

Russlands Präsident Putin schickt unausgebildete junge Menschen ohne ausreichende Ausrüstung an die Front gegen die Ukraine. Ebenso werden Schwerverbrecher in Gefängnissen angeworben und die Söldnergruppe Wagner schlägt einem „Verräter“ mit einem Hammer des Schädel ein. Gleichzeitig wird die Energie- und Wasserversorgung in der Ukraine zerstört.

Im Iran kämpfen die machthabenden Mullahs gegen weite Teile des Volks, die es satt haben, ohne Freiheit und Demokratie zu leben. Die Sicherheitsbehörden verhaften, foltern und töten die „Aufrührer“. Es wurde schon ein Todesurteil vollstreckt (Anklage: „Krieg gegen Gott“). Der Iran-Atomwaffendeal ist in weiter Ferne.

Man könnte diese Liste weiter fortsetzen. Wie ver-rückt ist diese Welt.

**Manfred Sauer,
Redaktion betrifft frieden**

betrifft frieden bedankt sich bei den vielen Leserinnen und Lesern, die Ihre ABO- oder Mitgliedsbeiträge einbezahlt haben und für die vielen Spenden. Unsere Friedenszeitung kann im kommenden Jahr erscheinen und die Preise bleiben gleich und werden nicht erhöht. Alle die noch säumig sind, bitte wir unser Zeitungsprojekt mit ihrem Beitrag zu unterstützen.

Der Österreichische Friedensrat und die Redaktion von betrifft frieden wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern beschauliche Feiertage und einen guten Rutsch in das Neue Jahr 2023, mit der Hoffnung auf mehr Frieden und Gerechtigkeit auf dieser Welt. Dafür wollen wir uns weiter engagieren.

WARUM ICH AUCH JETZT PAZIFISTIN BIN UND BLEIBE

Deutliche Position gegen Häme, Verdummung und Kriegshysterie

MARGOT KÄSSMANN

„Selten wurde Pazifismus so massiv diffamiert wie im Jahr 2022. Das sei eine unverantwortliche Zuschauerposition, heißt es.“ Margot Käßmann zitiert Begriffe von Politikern, Medienleuten oder Militärs dazu: „Lumpenpazifisten, fünfte Kolone Wladimir Putins oder fein heraushalten und Wohlstandsverwöhnt.“ Innerkirchlich wird Pazifistinnen und Pazifisten vorgehalten, die würden 'Ponytheologie' betreiben. Manchmal frage ich mich, woher die hohe Aggression kommt. Würden die Protagonisten denn in irgendeiner Weise befriedet sein, wenn nun alle das hohe Lied der Waffen singen? Was ist das überhaupt für ein Verständnis von Demokratie, wenn nur noch eine Einheitsmeinung akzeptabel scheint und alle kritischen Einwürfe gleichgeschaltet werden sollten? Ich bin trotz heftiger Angriffe bei meiner pazifistischen Haltung geblieben.“ Das sie heute keine Einladungen zu Talkshows annehme, erklärt sie, sie wolle nicht Quotenperson sein, an deren vermeintlich absurde Haltung sich andere Gäste empört abarbeiten können.

Drei Gründe für ihre Haltung

„Zum einen fühle ich mich als Christin der Botschaft Jesu verpflichtet: Selig sind, die Frieden stiften. Steck das Schwert an seinen Ort. Liebt Eure Feinde. Das bleibt eine Provokation.“ Der zweite Grund betrifft die familiären Erfahrungen. Ihr Vater sei mit 18 Jahren zur militärischen Ausbildung eingezogen worden und kam nach dem 2. Weltkrieg mit 25 Jahre aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Weitere Familienmitglieder erlebten die Gräueltaten des Krieges, mussten flüchten oder überlebten diese Zeit nicht. „Das Krieg mit allen Mitteln zu verhindern ist, war bei uns zu Hause unumstritten“, bekräftigt Käßmann. „Und schließlich habe ich als Bürgerin dieses Landes gerade auch angesichts unserer Geschichte im-

mer für richtig gehalten, Rüstungsexporte abzulehnen, oder zumindest so zu beschränken, dass keine Waffen in Krisen- oder gar Kriegsgebiete geliefert werden. Das war auch lange Konsens.“ Das habe sich jetzt geändert, bedauert Käßmann. „Jetzt wird erklärt, unsere Freiheit werde – nicht am Hindukusch – jetzt aber in der Ukraine verteidigt. Wer die Lieferung schwerer Waffen ablehne, mache sich schuldig. Dessen bin ich mir sehr bewusst. Wer eine pazifistische Position einnimmt, weiß sehr genau, das er oder sie dadurch schuldig werden kann. Aber das gilt ebenso für diejenigen, die Waffenlieferungen fordern. Denn durch diese Waffen werden vielleicht Menschen geschützt, aber auf jeden Fall Menschen getötet.“

Was heißt Pazifismus?

„Wenn Pazifisten gesagt wird, sie sollten mit ihrer Meinung doch in die Ukraine gehen und ihren Pazifismus ausleben, halte ich dagegen: Auch diejenigen, die so engagiert aufzählen, welche schwere Waffen Deutschland unbedingt zu liefern habe, werden diese Waffen nicht höchstpersönlich einsetzen. Auch sie schauen am Ende dem Elend des Krieges zu, das durch weitere Waffen verlängert wird. Erich Maria Remarque (Anm. dt. Schriftsteller) schrieb: Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders jene, die nicht hingehen müssen.“

Pazifismus heißt ja nicht passiv zu sein. Viele unterstützen Geflüchtete. Es gibt humanitäre Einsätze in Kriegsgebieten und auch soziale Verteidigungsstrategien. Aber vor allem geht es um das langfristige Ziel, Zukunft nicht durch mehr Rüstung, sondern durch Abrüstung lebenswert zu machen. Was wäre, wenn die Ideen zum Pazifismus obsolet, die Stimmen zur Ge-

waltlosigkeit verstummen würden, unsere Vorstellungskraft vom Frieden, der mehr ist als kein Krieg, uns gänzlich abhanden käme? Es wäre eine durchmilitarisierte Gesellschaft, der schon Bertha von Suttner den Spiegel vorhielt mit dem weltberühmten Roman DIE WAFFEN NIEDER.“

Margot Käßmann, früher Präsidentin der Zentralstelle KDV (Organisationen, welche Kriegsdienstverweigerer beraten), bringt ein oft gebrauchtes Beispiel, mit dem pazifistische Menschen konfrontiert werden. „Immer wieder wird mir das Thema Vergewaltigung entgegengeschleudert. In frühen Jahren gab es die Gewissensprüfung bei den Verweigererverfahren. Wenn ihre Freundin neben ihnen vergewaltigt wird, würden sie dann nicht zu Waffen greifen? Die Antwort kann nur sein: Ich weiß es nicht. Niemand kann im Voraus sagen, wie er oder sie in einer bestimmten Situation reagieren würde. Das Vergewaltigung als Kriegswaffe eingesetzt wird, das sollte nicht als Argument missbraucht werden, um Waffenlieferungen zu rechtfertigen.“

Stehe ich im Gegensatz zu meiner Kirche?

„Das werde ich öfter gefragt. Es hat in der Geschichte der Kirchen immer eine Mehrheitsmeinung gegeben, die den Einsatz militärischer Mittel gerade auch zur Selbstverteidigung legitimiert, aber Regeln formulieren will, sie zu begrenzen. Die Lehre vom gerechten Krieg oder inzwischen Lehre vom gerechten Frieden zeugt davon. Und es gab stets eine Minderheit, die eine pazifistische Tradition vertreten hat, weil sie so ein Zeugnis von der Botschaft des Jesus von Nazareth abgeben will. Sich gegenseitig in dieser Haltung zu tolerieren, ist für die theologische Debatte letzten Endes eine Frage des Respekts und der Freiheit. Und im übrigen gehört es auch zur eigenen Demut, stets zu wissen, dass du auch irren kannst.

Jesus Christus war kein Revolutionär mit der Waffen in der Hand. Er hat Frieden gepredigt, nicht Krieg, Feindesliebe, nicht Hass. Theologie sollte sich nicht dazu missbrauchen lassen,

Kriege und Waffengänge zu legitimieren, sondern sich querstellen, die Friedensfahne hochhalten und dem Gerede von Blutzoll, Heldentum und Tapferkeit die Menschlichkeit und die Würde jedes Menschen entgegensetzen.“

„Krieg ist für mich nicht Ultima Ratio, weil Ratio Vernunft heißt. Und im Krieg setzt die Vernunft aus.“ Käßmann führt Beispiele aus der Kriegsgeschichte an: Folterung und Vergewaltigung von Zivilisten, die Versenkung von Flüchtlingsschiffen im 2. Weltkrieg, den Völkermord in Ruanda, das Thema Kindersoldaten oder das Verhungern und Erfrieren in den großen Kriegen. „Krieg ist das Ende aller Vernunft. Krieg ist nicht die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln, sondern das Ende der Politik. Ich frage mich, warum der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eine Zeitenwende ist. Weil der Krieg uns so nahe an die Grenze kommt? Nach einer Untersuchung des Heidelberger Instituts für internationale Konfliktforschung gab es 2021 20 Kriege, 20 begrenzte Kriege und 204 unerklärte Kriege. ... Das Völkerrecht wird immer wieder gebrochen. Gegen all das stehen Pazifistinnen und Pazifisten auf und für globale Abrüstung ein.

Mir macht Sorge, dass jetzt 100 Mrd. Euro zusätzlich zum Wehrbudget von 52 Mrd. in Rüstung investiert werden soll. Wenn ich an meine sieben Enkelkinder denke, ist das doch keine Investition in deren Zukunft.

Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, dass Menschen zum Frieden fähig sind. Die Hoffnung, dass eines Tages Menschen Pflugscharen aus ihren Schwertern schmieden werden und niemand mehr übt für den Krieg (Micha 4,3 f).“

Margot Käßmann war Bischöfin der Ev.Luth. Landeskirche Hannover und von 2009 bis 2010 Ratsvorsitzende Ev. Kirche Deutschlands.

Der Originalbeitrag erschien in der Zeitschrift ZivilCourage der DFG-VK Nr.3/2022 und wurde von bfr. zusammengefasst. Der Text der Autorin steht unter Anführungszeichen.

ENDLICH ETWAS KONKRETES GEGEN DEN EINSATZ VON EXPLOSIVWAFFEN IN STÄDTEN

THOMAS HAJNOCZI

Wenn wir von russischen Artilleriegeschossen, Bomben und Raketen auf ukrainische Städte und deren Infrastruktur lesen, empört uns das zu Recht. Kriegführung gegen Zivilisten verstößt gegen das Völkerrecht und die Menschlichkeit. Meist bedenken wir nicht, dass dies nicht nur in der Ukraine passiert, sondern auch in fast allen anderen bewaffneten Konflikten, z.B. im Jemen, in Libyen, Syrien sowie in afrikanischen Krisenherden. Die NGO-Initiative explosiveweaponsmonitor.org weist Fälle des Einsatzes von solchen Explosivwaffen in Städten in 28 Ländern allein für Oktober 2022 aus, bei denen 2388 zivile Opfer dokumentiert sind.

Heute lebt die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten und bewaffnete Konflikte werden zunehmend dort ausgefochten. Das hat dazu geführt, dass beim Einsatz von Explosivwaffen in besiedelten Gebieten rund 9 von 10 Opfern Zivilisten sind. Ein erschütternd hoher Prozentsatz, der zeigt, dass oft die rechtlichen Grundsätze der Unterscheidung von Zivilisten und Kombattanten, der Verhältnismäßigkeit eines Waffeneinsatzes und der Vorsicht bei Angriffen nicht eingehalten werden. Der UN-Generalsekretär hat daher seit Jahren einen besseren Schutz von Zivilisten sowie die Ausarbeitung einer Politischen Erklärung gefordert, die einerseits konkrete Maßnahmen zur besseren Respektierung des internationalen humanitären Rechts einleitet und dieses andererseits klarer interpretiert.

Österreichische Initiative

Österreich hat sich dieses Vorschlags angenommen und gründete 2015 in Genf, wo die meisten humanitären und Abrüstungssitzungen stattfinden, eine Kerngruppe - bestehend aus Staaten aller Weltteile, die unsere humanitäre Zielsetzung teilen, dem Internationalen Komitee

vom Roten Kreuz, dem Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten und der NGO-Koalition INEW (International Network on Explosive Weapons). Mit diesen wurde ein politischer Prozess aufgebaut. Um mehr Problembewusstsein zu schaffen, wurde zunächst eine Reihe von Expertentreffen und Side Events bei größeren internationalen Konferenzen zu humanitären und Abrüstungsfragen, aber auch im Menschenrechtsrat und zu Entwicklungsfragen zur Thematik organisiert. Bei geeigneten Tagesordnungspunkten multilateraler Konferenzen sprachen die Länder dieser Kerngruppe immer wieder das Problem an und traten für einen baldigen Beginn der Ausarbeitung einer Politischen Erklärung ein. Regionale Treffen fanden in Maputo für Afrika und in Santiago de Chile für den lateinamerikanischen Raum statt. 2019 lud Österreich zur ersten weltweiten Konferenz „Vienna Conference on Protecting Civilians in Urban Warfare“ ein, an der 133 Länder teilnahmen. Dabei wurde die schon stark angewachsene Unterstützung für eine Politische Erklärung deutlich gemacht und unser Partner Irland begann in Genf mit Konsultationen über deren Text. Durch COVID mussten diese mehrmals unterbrochen werden, sodass der Text erst im Juni 2022 finalisiert werden konnte. Irland lud zu einer Unterzeichnungskonferenz am 18. November 2022 nach Dublin ein, wo sich dann 83 Staaten formell zur Unterstützung und Umsetzung der Politischen Erklärung verpflichteten.

Die Politische Erklärung

Der Text der Politischen Erklärung ist unter <https://www.dfa.ie/our-role-policies/international-priorities/peace-and-security/ewipa-consultations/> zu finden. Er bringt klar zum Ausdruck, dass die Wirkungen des Einsatzes von Explosivwaf-

DIPLOMATIE

fen in Städten weit über das Töten und Verletzen (mit oft lebenslangen Folgen) von Zivilisten hinausgehen. Es kommt meist zur Zerstörung bzw. Beschädigung von Wohnungen, Wasser- und Energieversorgung, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie von Arbeitsstätten, sodass ein Verbleib der Zivilisten nicht möglich ist. Befragungen von syrischen Flüchtlingen ergaben, dass 80 Prozent aus diesen Gründen ihren Wohnort verlassen mussten.

Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, ihre nationale Praxis und Politik zu überprüfen und falls nötig zu verbessern. Vor allem geht es um besseres Training der Streitkräfte und Kurse für jene aus anderen Ländern, aber auch um Opferhilfe. Der Explosive Weapons Monitor wird über Verletzungen, die Einhaltung und positive Maßnahmen weltweit berichten. Weitere Konferenzen sollen folgen, die erste davon in Oslo 2024.

Wie erwartet, haben notorische Verletzerstaaten wie Russland nicht unterzeichnet. Doch die breite Unterstützung, die erfahrungsgemäß bei solchen Instrumenten im Laufe der Jahre noch wächst, und vor allem die konkreten Umsetzungsmaßnahmen können viel bewirken. So mancher Angriff mit Explosivwaffen auf Städte wird unterbleiben und das Leben von Zivilisten verschont bleiben.

Mag. Dr. Thomas Hajnoczi, Botschafter i.R. war bis Ende 2020 Leiter der Abteilung für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Non-Proliferation im österreichischen Außenministerium (BMEIA) und ist u.a. im Beirat des International Institute for Peace IIP, Wien

MELDUNGEN

Auszeichnung

Am 2.12.2022 erhielt der österreichische Spitzendiplomat Alexander Kmentt (Leiter Abtl. Abrüstung BMeiA) den Seán MacBride Friedenspreis des International Peace Bureau (IPB). Die Verleihung fand in der Diplomatischen Akademie in Wien statt, wo Direktor Emil Brix die Gäste begrüßte. Zur Verleihung luden das IPB, das Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit ABFANG und die Int. Frauenliga WILPF Austria ein. Die Laudatio hielt Angela Kane, frühere UN-High Representative für Abrüstung und Vizepräsidentin im Int. Institute for Peace, Vienna. Kmentt wurde für seinen Einsatz für den Nuklearwaffenverbotsvertrag ausgezeichnet. Es war im Juni 2022 Vorsitzender der 1. Staatenkonferenz dieses Vertrages in Wien.

SIPRI: Waffenverkäufe der Rüstungsfirmen wachsen

Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI berichtet am 6.12.2022, dass die 100 größten Rüstungshersteller 2020 Waffensysteme und militärische Dienstleistungen im Wert von 531 Mrd.USD (plus 1,3%) verkauften. Die 41 US-Firmen waren mit 285 Mrd. USD führend vertreten. Zweitgrößte Anbieter waren chinesische Firmen. Neu ist das Thema Weltraumtechnologie. Für das heurige und die kommenden Jahre sind wegen Aufrüstungsplänen (Zeitenwende zur Aufrüstung) und den weltweiten Kriegen und bewaffneten Konflikten weitere rasante Steigerungen zu erwarten, auch die Gewinne betreffend. In Zeiten des Klimawandels und großer sozialer Verwerfungen eine skandalöse Entwicklung.

TERMINE

SOLIDARWERKSTATT Österreich: Friedenskalender 2023

Der Friedenskalender für 2023 der Solidarwerkstatt ist eingetroffen. Heuer freuen wir uns euch einen Hängekalender präsentieren zu können. Ihr findet auf der Vorderseite Friedensmotive und auf den Rückseiten viel neues Wissenswertes rund um das Thema Frieden, Aktionen und Persönlichkeiten der Friedensbewegung, Anregungen zur Friedensarbeit und – but not least – eine Vielzahl inspirierender Friedenskunstwerke.

Hg.: Solidarwerkstatt Österreich, 14 Seiten, A3, Euro 16,50 (ab 3 Expl. 15,50, ab 10 Expl. 13,50) exkl. Versand

Bestellung: office@solidarwerkstatt.at
oder Tel. 0664/15 40 742



Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein Österreichischer Friedensrat. ZVR-Zahl 480457902
alle: 1060 Wien, Webgasse 37/3/5/42

In dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Thomas Hajnoczi, Margot Käßmann, Martin Otto, Manfred Sauer
Layout: Lucia Hämmerle
Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein Österreichischer Friedensrat.
Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.
Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

**betrifft frieden Jahresbezug (mind. 4 Ausgaben) Euro 16.--
(ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)**

ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung

**DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG
Mitteilungen an ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien
pax.vienna@chello.at**

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.

ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien
Österreichische Post AG

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 5/2022 P.b.b. MZ 20Z041963M

Unzustellbare Exemplare bitte an:
Österr. Friedensrat, Sauer, 1060 Wien,
Webgasse 37/3/5/42